

Abänderungsantrag

**der sozialdemokratischen Abgeordneten
zur Beilage 1230/2019 (Bericht des Finanzausschusses betreffend den Voranschlag
des Landes Oberösterreich für das Finanzjahr 2021 [einschließlich Stellenplan]),
Budgetgruppe 4 „Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung“,
betreffend Frauenförderungsmaßnahmen**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

1. Der in der Voranschlagstelle 1/469305/7670/001 „Sonstige Zuwendungen an private gemeinnützige Einrichtungen“ im Teilabschnitt 1/46930 „Maßnahmen in Frauenangelegenheiten“ veranschlagte Betrag von 841.700 Euro wird im Ergebnis- und Finanzierungshaushalt auf 1.000.000 Euro erhöht.
2. Dementsprechend erfolgt eine Reduktion der im Landeshaushalt 2021 vorgesehenen Schuldentrückzahlungen um 158.300 Euro.

Begründung

Die unterzeichneten Abgeordneten fordern, dass gemeinnützige Einrichtungen und Vereine, die sich für die Gleichstellung von Männern und Frauen einsetzen und wichtige Beratungsangebote für Frauen leisten, mit zumindest einer Million Euro jährlich – das entspricht 0,01% der veranschlagten Auszahlungen im Finanzjahr 2021 – unterstützt werden.

Im Rahmen der einstimmig beschlossenen Frauenstrategie „Frauen.Leben – Frauenstrategie für Oberösterreich 2030“ war man sich einig, dass es noch viel zu tun gibt, bis die Gleichstellung von Männern und Frauen in Oberösterreich tatsächlich erreicht ist. Beispielsweise in den Bereichen Einkommenstransparenz, finanzielle Absicherung von Frauen, Frauen in Führungs- und Entscheidungspositionen, flexiblere Kinderbetreuungsangebote, Arbeits- und Bildungschancen und besondere Hilfe für Frauen mit Migrationshintergrund besteht weiterhin Handlungsbedarf.

Daher ist es für die unterzeichneten Abgeordneten unverständlich, dass die Mittel für Maßnahmen in Frauenangelegenheiten noch immer unter dem Niveau des Jahres 2017 liegen. Die unterzeichneten Abgeordneten sind vielmehr der Auffassung, dass

Kürzungen bei Initiativen, die wichtige frauenpolitische Arbeit leisten, im Widerspruch zu den Zielsetzungen der Frauenstrategie 2030 stehen und fordern daher eine Mittelaufstockung auf zumindest rund 0,01% des Landesbudgets.

Linz, am 02. Dezember 2019

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Promberger, Müllner, Lindner, Rippl, Makor, Bauer, Binder, Krenn, Schaller, Weichsler-Hauer, Peutlberger-Naderer